

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
(19. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Christian Ruck, Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Sascha Raabe, Gregor Amann, Elvira Drobinski-Weiß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 16/9073 –

**Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit Deutschlands im Rahmen der strategischen Partnerschaft der Europäischen Union mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik zielgerichtet stärken**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/9074 –

**Zum EU-Lateinamerika-Gipfel in Lima – Impulse für solidarische und gleichberechtigte Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika**

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/8907 –

**Die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik durch eine intensive Umwelt- und Klimakooperation beleben**

### **A. Problem**

Stärkung der Partnerschaft, der Beziehungen und der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union, den Staaten Lateinameri-

kas und der Karibik. Umsetzung der bisherigen Gipfelerklärungen, insbesondere der von Wien vom 12. Mai 2006 auf dem Gipfeltreffen am 16. Mai 2008 in Lima.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Annahme des Antrags auf Drucksache 16/9073 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9074 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

Zu Buchstabe c

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8907 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion Die LINKE.**

## **C. Alternativen**

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9073.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/9074.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/8907.

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/9073 anzunehmen;
2. den Antrag auf Drucksache 16/9074 abzulehnen;
3. den Antrag auf Drucksache 16/8907 abzulehnen.

Berlin, den 28. Mai 2008

### **Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Thilo Hoppe**  
Vorsitzender  
und Berichterstatter

**Anette Hübinger**  
Berichterstatterin

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Dr. Karl Addicks**  
Berichterstatter

**Hüseyin-Kenan Aydin**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Dr. Karl Addicks, Hüseyin-Kenan Aydin und Thilo Hoppe

### I. Zum Beratungsverfahren

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9073** in seiner 161. Sitzung am 9. Mai 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung und der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrages.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrages.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrages.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/9074** in seiner 161. Sitzung am 9. Mai 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrages.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrages.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrages.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8907** in seiner 161. Sitzung am 9. Mai 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 56. Sitzung, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrages.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrages.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrages.

### II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der CDU/CSU** legt dar, der Antrag der Fraktion der FDP sei rein außenpolitisch orientiert. Er spreche die Situation Lateinamerikas, was die Schere des wirtschaftlichen Wachstums und der Armutsbekämpfung angehe, nicht an und behandle auch keine entwicklungspolitischen

Detailfragen wie z. B. Good Governance und dergleichen. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei von der Intention her mit dem Koalitionsantrag identisch. Er greife aber zu kurz, da er nicht über eine klima-, biologisch- und umweltpolitische Zusammenarbeit hinausgehe. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei ideologisch durchgefärbt. Die Koalitionsfraktionen hätten ein differenzierteres Bild, insbesondere was eine tripolare Zusammenarbeit zwischen Kuba und Venezuela anbelange. Diese müsse mit einem sehr kritischen Augenmerk versehen werden, solange Menschenrechte dort nicht in den Mittelpunkt gestellt würden und Dissidenten immer noch in Haft säßen. Auch in Venezuela sei man mittlerweile dazu übergegangen ohne ordnungsgemäße Gerichtsverfahren zu verurteilen. Solange dort eine Sozialpolitik betrieben werde, die sich nach dem Parteibuch orientiere, ließe sich dies nicht mit einer ordnungsgemäßen rechtsstaatlichen Politik vereinbaren.

Die **Fraktion der SPD** schließt sich dem an und ergänzt, die Fragen der Armutsbekämpfung und die soziale Verantwortung, die der Antrag beinhalte, seien auf dem Gipfeltreffen in Lima ebenso wie das Thema gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte angesprochen und eingefordert worden. Auch die im Antrag enthaltenen Punkte Umwelt, Ressourcenschutz und insbesondere Biokraftstoffe seien behandelt worden. Wenn Äthanol nach Europa eingeführt werden wolle, müsse es nachweislich und nachhaltig zertifiziert sein und vor allem müssten die Verdrängungsmechanismen berücksichtigt werden.

Lateinamerika sei für Europa und für Deutschland ein wichtiger Kontinent nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell, angefangen über die Stiftungen, den Wissensaustausch und die gute Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland habe einen Stellenwert, der nicht hoch genug einzuschätzen sei in diesen Ländern.

Es gebe eindeutige Verbindungen zwischen der venezuelanischen Regierung und der FARC. Es sei ein ungeheuerlicher Vorgang, wenn die Fraktion DIE LINKE. das Leid der Menschen in Kolumbien anspreche und so tue, als wäre das ihre Herzensangelegenheit und in Wirklichkeit kein kritisches Wort darüber verliere, dass diese Terrororganisation für die inhaftierten Geiseln und Mord und Totschlag verantwortlich sei und weiterhin das Volk quäle und Präsident Hugo Chavez Waffen und Geldzahlungen anbiete, dies zu unterstützen.

Was die Politik der kolumbianischen Regierung angehe, setze man mit der Unterstützung der Generalstaatsanwaltschaft seit Jahren auf eine Stärkung des Rechtssystems. Es säßen auch sehr viele Parteimitglieder von Präsident Alvaro Uribe im Gefängnis und zum Teil sei er ein Stück weit sogar stolz darauf, weil es zeige, dass das System funktioniere. Die meisten Verbrechen die angeklagt würden, seien vor der Regierungszeit Alvaro Uribes entstanden. Der Gerechtigkeits- und Friedensprozess laufe jetzt auch bei FARC-Mitgliedern; über 200 hätten sich dem Prozess bereits unterworfen. Es bestehe nun wirklich eine Chance, dass die FARC besiegt werde. Sie habe keinerlei Rückhalt mehr in der Bevölkerung, im Gegensatz zur Regierung Alvaro Uribe, die hohe Zustimmungswerte auf sich vereinen könne. Das bedeute nicht, dass nicht in einigen Teilen Kolumbiens noch gravierende Menschenrechtsverletzungen passierten und die Regierung mehr tun müsse. Dennoch seien die Morde und Entführun-

gen in den letzten Jahren in Kolumbien enorm zurückgegangen. Es sei noch viel zu tun, aber es werde auch etwas getan.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führt aus, dass die Zusammenarbeit Deutschlands und der Europäischen Union mit Ländern auf dieser Welt die Fokussierung auf die eigenen wirtschaftlichen Entwicklungen und die Energiesicherung setze. Es werde auf die sogenannte Demokratisierung in diesen Ländern nach dem Kopiemodell der Vorstellung der Regierungen in Europa gesetzt. Die Sanktionen gegenüber Kuba, die Embargomethoden der USA auf der einen Seite und die Zusammenarbeit mit einem von Paramilitärs unterstützten Regierungschef Alvaro Uribe in Konkurrenz zu allen anderen und dessen Menschenrechtsverletzungen, das zeige, wie eigentlich tatsächlich ernstgemeinte Politik betrieben werde. Man sei sehr schlecht beraten, vor allem die Sozialpolitik von Venezuelas Regierung zu kritisieren, wenn man sehe, dass in den letzten Jahren die Armut um 50 Prozent reduziert worden sei und u. a. eine Krankenversicherungsversorgung sichergestellt würde. Wenn man eine vernünftige Zusammenarbeit Europas und Lateinamerikas im Fokus habe, dann müsse das auch auf gleicher Augenhöhe geschehen und nachhaltig entwickelt werden, so dass es auch den Menschen in diesen Ländern zu Gute komme.

Gruppen auf Terrorlisten zu setzen, bedeute auf Dauer keine Konfliktlösung. Es bedeute nur, mit der eisernen Hand zu reagieren. Wenn man das fortführe, würden die Konflikte nie aufhören. Deshalb vertrete sie die Position, diese Organisation von der Terrorliste zu nehmen und die Länder und die Regierungen zu zwingen, auch politisch Lösungswege zu finden, damit die Konflikte auf Dauer aufhören.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legt dar, sie beschränke sich in ihrem Antrag nicht auf die Umwelt- und Klimakooperation, stelle sie aber stark in den Mittelpunkt, um die stets vollmundig betonte strategische Partnerschaft mit Leben zu erfüllen. Es gebe viele Möglichkeiten, gerade im Tropenwaldschutz oder im Bereich der erneuerbaren Energien stärker zu kooperieren und auch mit finanziellen Anreizsystemen z. B. vermiedene Entwaldung zu belohnen. Beim Thema Agro- und Biotreibstoffe gebe es noch keine Ergebnisse. Zertifizierung sei ein Baustein, aber er reiche bei weitem nicht aus, weil eine Zertifizierung, die Ausweicheffekte habe, nicht erfasst werde. Es müsse die gesamte Politik der Partnerländer auf den Prüfstand, und zwar im Hinblick auf nationale Flächennutzungspläne, die Ausweisung und nachhaltige Bewirtschaftung von Schutzgebieten und die Bereitstellung von Flächen für den Anbau von Grundnahrungsmitteln. Bei der Abholzung des Regenwaldes oder dem Anbau von Agrotreibstoffen auf Kosten der Hungerbekämpfung habe es bisher keine Fortschritte gegeben. Auch im Bereich der Umweltkooperation gebe es eher negative Nachrichten, z. B. das Atomabkommen zwischen Deutschland und Brasilien.

In dem Antrag sei auch die Armutsbekämpfung mit in den Mittelpunkt gestellt worden und hier gebe es Unterschiede, z. B. zu dem Antrag der Fraktion der FDP. Der Asymmetrie müsse Rechnung getragen werden. Gerade Ecuador und Bolivien wollten nicht zur Marktliberalisierung gezwungen werden. Nach wie vor dränge die EU-Kommission darauf, dass die Märkte im Dienstleistungs- und Industriebereich stärker geöffnet werden, weshalb es nicht weiter vorangehe.

Es gebe in allen Anträgen Licht und Schatten aber auch Möglichkeiten, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Indirekt enthalte der Koalitionsantrag eine Absegnung des Planes Colombia, was nicht unterstützt werden könne. Dies sei eine recht unkritische Haltung gegenüber dieser Form von kontraproduktiver Drogenbekämpfung. Die Menschenrechte seien unteilbar in ihrer Vollständigkeit, es dürften weder die bürgerlichen Freiheitsrechte, die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit und Meinungsfreiheit ausgespielt werden gegen die wirtschaftlich, sozialen und kulturellen Freiheiten. Beide seien gleichrangig zu sehen. Die positive unkritische Sichtweise gegenüber Kuba werde nicht geteilt. Die vorsichtige Öffnung sei erfreulich und werde hoffentlich weitergehen. Dass die Sanktionen der USA abgelehnt würden sei dakor. Menschenrechtsverletzungen in Kuba seien aber nach wie vor zu verzeichnen. Auch die Situation in Venezuela sei deutlich kritischer zu sehen, als es die Fraktion DIE LINKE. tue. Trotz aller Fortschritte in Kolumbien gingen nach wie vor der überwiegende Teil der Menschen-

rechtsverletzungen auf das Konto der Paramilitärs. Es gebe eine Tendenz seitens der Koalitionsfraktionen Präsident Alvaro Uribe zu schnell reinzuwaschen. Im Hinblick auf die Verbindung mit Paramilitärs gebe es nach wie vor von Menschenrechtsverteidigern Berichte, dass die Regierung nicht konsequent genug dagegen vorgehe.

Aus den genannten Gründen lehne sie die Anträge der Koalition, der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion der FDP ab und werbe um Zustimmung für den ihrigen.

Die **Fraktion der FDP** betont, dem Koalitionsantrag fehlten die konkreten Positionen und Strategien. Ihr Antrag (Bundestagsdrucksache 16/9056) sei sehr viel weitgehender und wolle eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Lateinamerika fördern. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. und ihre Position zur FARC und zu Hugo Chavez stehe ihrer Auffassung diametral entgegen. Sie werde beide Anträge, ebenso wie den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ablehnen.

Berlin, den 28. Mai 2008

**Anette Hübinger**  
Berichterstatterin

**Dr. Sascha Raabe**  
Berichterstatter

**Dr. Karl Addicks**  
Berichterstatter

**Hüseyin-Kenan Aydin**  
Berichterstatter

**Thilo Hoppe**  
Berichterstatter



